



Nr. Rat 07/06

**Niederschrift über die  
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg (Oldb)**

Sitzungsdatum: **Montag, den 20.11.2006**

Sitzungsort: **Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3, Veranstaltungssaal**

**Teilnahme:**

Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerd Schwandner

**vom Rat**

Frau Dr. Esther Niewerth-Baumann	CDU
Herr Tobias Frick	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Frau Germaid Eilers-Dörfler	SPD
Herr Hans-Henning Adler	Die Linke.Oldenburg
Frau Gabriele Beckmann	Die Linke.Oldenburg
Herr Sebastian Beer	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Herr Kurt Bernhardt	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Herr Bernd Bischoff	SPD
Herr Hans-Peter Blöcker	CDU
Frau Jutta Bohne	SPD
Herr Ralf Briese, MdL	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Frau Ursula Burdick	SPD
Frau Margrit Conty	SPD
Frau Sabine Cupin	SPD
Herr Manfred Drieling	BFO
Herr Florian Eiben	SPD
Herr Bernhard Ellberg	SPD
Herr Stephan Friebel	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Herr Rolf Grösch	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Herr Heinz Harzmann	CDU
Herr Hans-Georg Heß	CDU
Frau Luzie Hille	SPD
Herr Gerd Hochmann	CDU
Herr Werner Kaps	SPD
Herr Hans-Jürgen Klarmann	CDU
Herr Nils Krummacker	FDP
Frau Anne Lück	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Frau Beate Morawietz	CDU
Herr Joachim Mühlbradt	SPD
Herr Rolf-F. Müller	CDU
Frau Gesine Multhaupt, MdB	SPD

Herr Franz Norrenbrock	BFO
Frau Christine Pankonin	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Frau Daniela Pfeiffer, MdL	CDU
Herr Ulf Prange	SPD
Herr Paul-Dieter Reck	CDU
Herr Klaus-Dieter Reinking	FDP
Frau Alexandra Reith	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Herr Michael Rosenkranz	CDU
Herr Christoph Sahm	SPD
Frau Rita Schilling	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Herr Krister-Benjamin Schramm	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Frau Evelyn Schuckardt	Die Linke.Oldenburg
Herr Hans-Richard Schwartz	FDP
Frau Gerti Suntrup	SPD
Herr Hauke Wessels	CDU
Herr Hans-Wolfgang Woltemade	Die Linke.Oldenburg
Frau Maike Würdemann	CDU
Herr Rainer Zemke	BFO
Herr Rainer Zietlow	SPD

### **von der Verwaltung**

Frau Stadträtin Silke Meyn  
Herr Stadtrat Martin Schumacher  
Herr Stadtbaurat Dr. Frank-Egon Pantel  
Frau Ltd. Städt. Direktorin Inge von Danckelman  
Herr Olaf Klaukien  
Herr Jürgen Krogmann

### **Protokollführerin**

Frau Kornelia Jerke

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr  
Sitzungsende: 19:17 Uhr

### **Hinweis:**

Mit Ausnahme der Anlagen 6, 10 und 36 wurden alle Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

### **Öffentlicher Teil**

1	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	
3	Genehmigung der Niederschrift Nr. 06/2006 (öffentlicher Teil) vom 01.11.2006	
4	Mitteilungen des Oberbürgermeisters	
5	Einwohnerfragestunde	
6	Wahl einer Ersten Stadträtin unter Verzicht auf öffentliche Ausschreibung	06/0741
7	Wahl des Kreisjägersmeisters und der weiteren Mitglieder des Jagdbeirates	06/0691
8	Neubildung des Jugendhilfeausschusses	06/0683/1
9	Weitere noch zu benennende Mitglieder in Ausschüssen und Gremien	06/0750
10	Aufnahme von Kommunalkrediten	06/0700

11	Über- und Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 89 Abs. 1 in Verbindung mit §§ 66 und 61 Abs. 7 NGO (Eilentscheidung)	06/0702
12	Unterrichtung des Rates über außer- und überplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO in Verbindung mit § 66 NGO (Eilentscheidung)	06/0627
13	Unterrichtung des Rates über über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 89 Abs. 1 NGO i.V.m. § 66 NGO (Eilentscheidungen)	06/0717
14	Überplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 354.000 EUR für den Ausbau des Artillerieweges	06/0733
15	Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Oldenburg (Oldb)	06/0740
16	Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 25.09.2006	
16.1	Änderung Nr. 33 des Flächennutzungsplanes (Edewechter Landstraße/Kaspersweg) - Prüfung der Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss	06/0600
16.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 (Edewechter Landstraße/Kaspersweg) - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0601
16.3	Sanierungsgebiet "Alter Stadthafen/Bahnhofsviertel" - Beschluss zur Übernahme über den nicht durch Einnahmen oder Städtebauförderungsmittel des Landes gedeckten Teil der Kosten der Gesamtmaßnahme	06/0629
17	Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 05.10.2006 und 16.11.2006	
17.1	Änderung der Straßenreinigungsverordnung	06/0615
17.2	Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung und Abfallentsorgung für das Haushaltsjahr 2007	06/0718
17.3	Jahresabschluss 2005 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Oldenburg a) Beschluss über den Jahresabschluss b) Entlastung der Werksleitung c) Verwendung des Jahresergebnisses	06/0647
18	Verkehrsausschuss vom 16.10.2006 und 13.11.2006	
18.1	Benennung von Straßen "Hansa-Ring"	06/0608/1
18.2	Benennung von Straßen - Bebauungsplan N-800 C und D	06/0613/1
18.3	Benennung von Straßen "Feststraße" (Verlängerung)	06/0614
18.4	Benennung von Straßen "Hofstraße"	06/0617
18.5	Benennung von Straßen "Im Uhlenhorst"	06/0673
18.6	Benennung von Straßen -Bebauungsplan W-750 A (Eversten-West)	06/0699
18.7	Aufhebung des Beschlusses zur Benennung der Straßen "Weihenweg" und "Merlinweg"	06/0669
19	Werksausschuss des Bäderbetriebes vom 26.10.2006	
19.1	Jahresabschluss 2005 des Bäderbetriebs der Stadt Oldenburg a) Beschluss über die Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss 2005 b) Entlastung des Werksleiters c) Verwendung des Jahresergebnisses	06/0636

20	Anträge der Fraktionen, der Gruppe und der Ratsmitglieder	
20.1	Resolution zur ZAAB Blankenburg	06/0746
20.2	Resolution des Rates zum Erhalt der Arbeitsplätze der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung am Standort Oldenburg (SPD-Fraktion vom 25.10.2006)	
20.3	Resolution des Rates zum Erhalt der Hubschrauberstaffel in Neu-südende (SPD-Fraktion vom 25.10.2006)	
20.4	Geplante Neuordnung von öffentlichen Versicherungen (Antrag BFO-Fraktion vom 02.11.06)	06/0735

### Nichtöffentlicher Teil

gesperrter Bereich

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzende Dr. Niewerth-Baumann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere die 8. Klasse des Graf-Anton-Günter-Gymnasiums und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest, nachdem sie auf die Aktion „Fair-Kaffee“ aufmerksam gemacht hat. Des Weiteren weist sie auf Tischvorlagen zu TOP 8, 9 und 20.4 hin.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

- einstimmig -

#### **zu 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Schwandner erklärt, dass er den TOP 6 verwaltungsseitig von der Tagesordnung zurückziehe.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

- einstimmig -

#### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 06/2006 (öffentlicher Teil) vom 01.11.2006**

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

- einstimmig -

#### **zu 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Schwandner erläutert kurz sein Personalkonzept, welches zum Teil bereits so früh in der Nord-West Zeitung veröffentlicht worden sei, dass er leider keine Gelegenheit gehabt habe, dies persönlich vorzustellen. In der Organisationsstruktur sei das Büro des Oberbürgermeisters ihm nun direkt unterstellt und das Verwaltungssekretariat sei mit einer Mitarbeiterin neu besetzt worden. Im 1. Quartal 2007 plane er auch die Neubesetzung der Stelle der Leitung des Pressesprechers und zum

01.01.2007 die Besetzung von zwei Stabsstellen, zum einen für die Erarbeitung von strategischen Fragestellungen im Bereich Wissenschaft und Kooperation mit Hochschulen und zum anderen für die Bearbeitung des Bereiches Wirtschaft. Im Übrigen beabsichtige er noch im Dezember Frau Stadträtin Meyn, deren Qualifikation außer Frage stehe, zu seiner Stellvertreterin als Erste Stadträtin benennen zu lassen und wünsche sich dazu eine breite Zustimmung. Nach einer Analyse der Verwaltung rechne er mit einer Wiederreinerichtung des Sozialdezernates und auch das Umweltamt werde voraussichtlich einen höheren Stellwert einnehmen. Mit einer Umsetzung nach einer umfangreichen Organisationsanalyse unter bereits erfolgter Einbindung der Amtsleitungen und nun folgend auch der Einbindung der Fachdienstleitungen, was er im Übrigen für sehr wichtig halte, weil es auch seinem Politikstil entspreche, rechne er im 1. Quartal 2008.

**zu 5 Einwohnerfragestunde**

- Einwohnerfragen liegen nicht vor -

**zu 6 Wahl einer Ersten Stadträtin unter Verzicht auf öffentliche Ausschreibung  
Vorlage: 06/0741**

- abgesetzt - (vgl. TOP 2)

**zu 7 Wahl des Kreisjägermeisters und der weiteren Mitglieder des Jagdbeirates  
Vorlage: 06/0691 (Anlage 1)**

Beschluss:

Als Kreisjägermeister wird gewählt:

Ferdinand Wehage, Otto-Wels-Straße 32, 26133 Oldenburg.

Als Mitglied des Jagdbeirates werden gewählt:

Heiko Schröder, Weißenmoorstraße 85, 26125 Oldenburg  
(Vertreter der Jäger und Vertreter des Kreisjägermeisters),

Bernd Wempe, Kleine Hamheide 23, 26125 Oldenburg  
(Vertreter der Landwirtschaft),

Dirk Harms-Herrmann, Bismarckstraße 4, 26939 Ovelgönne  
(Vertreter der Forstwirtschaft),

Burghard Würdemann, Holler Landstraße 393, 26135 Oldenburg  
(Vertreter der Jagdgenossenschaften),

Adolf Bruns, Dietrich-Dannemann-Straße 119, 26203 Wardenburg  
(Vertreter des Naturschutzes),

Jens Meier, Am Forsthaus 4, 27798 Hude  
(Vertreter der Niedersächsischen Landesforsten).

- einstimmig -

**zu 8** **Neubildung des Jugendhilfeausschusses**  
**Vorlage: 06/0683/1** (Anlagen 2, 3, 4, 5 und 6)

Ratsvorsitzende Dr. Niewerth-Baumann weist darauf hin, dass einige Bennennungen der Fraktionen und der Gruppe noch nicht vollständig vorlägen und noch nach zu benennen seien. Zum Teil seien schriftlich Benennungen vorgenommen worden, die jedoch aufgrund der bestehenden Vorschlagsliste nicht umgesetzt werden könnten, so dass sie um Neubenennung bitte. Sechs Ratsmitglieder einschließlich Vertreter seien bereits in der Sitzung am 01.11.2006 namentlich benannt worden. Es müssen somit noch 3 stimmberechtigte Mitglieder (einschl. Vertreter) und deren Vertretungen bestimmt werden.

Es werden zu den Ziffern der Vorlage von den Fraktionen und der Gruppe benannt und gewählt:

**Zu Ziff. 1:**

von der SPD

Klaus Vogt  
Vertretung: Hanna Naber

von B 90/Grüne

Hannelore Kleemiß  
Vertretung: Eltje Jahnke

von der Fraktion  
Die Linke.Oldenburg

Behiye Tolan  
Vertretung: n.n.

- einstimmig -

**Zu Ziff. 2:**

von der SPD:

Herr Thorsten Haspelmath  
Vertretung: Frau Gina Schumm

Frau Hiltrud Boomgarden  
Vertretung: n.n.

von der CDU:

Frau Ruth Altenbrunner  
Vertretung: Frau Gisela Broers

Frau Annika Freundt  
Vertretung: Sarah Kemlein

*Hinweis zum Protokoll: Die mit Schreiben der CDU-Fraktion vom 16.11.2006 benannten Mitglieder konnten nicht als stimmberechtigte Mitglieder in den Ausschuss berufen werden, da sie nicht in der Vorschlagsliste enthalten sind; ebenso kann Frau Stawowski nicht, wie mit Schreiben der SPD-Fraktion vom 20.11.2006 zur Benennung vorgeschlagen (Anlage 6), als Vertreterin benannt werden.*

von B 90/Grüne:

Johannes Harwardt  
Vertretung: Behiye Tolan

Gruppe FDP/BFO:

Martina Jansing-Wilhelm  
Vertretung: Frau Sandra Genscher

- einstimmig -

**Zu Ziff. 3** werden weitere 10 beratende Mitglieder benannt bzw. gewählt:

Kraft Amtes:

1. die Leiterin/der Leiter **des Jugendamtes, N.N.**
2. der Stadtjugendpfleger, **Herr Heinz Backhaus**,
3. als von der Schulbehörde benanntes Mitglied: Herr **Jürgen Fraatz**
4. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Ev. Kirche: **Frau Elke Kaschlun**
5. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kath. Kirche: **Frau Monika Osterhues**,
6. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Jüdischen Kultusgemeinde: **Frau Galina Potemkina**
7. eine Elternvertreterin oder ein Elternvertreter auf Vorschlag des Stadtelternrates der Oldenburger Kindertagesstätten: **Frau Carmen Jürgensen**
8. die kommunale Frauenbeauftragte oder eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau: Einigung einstimmig auf: **Frau Annika Niemeyer**
9. als Vertreterin oder ein Vertreter der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher: Abstimmung zwischen Frau Stabowski und Frau Hillenstedt

Auf Frau Stawowski entfallen 22 Ja-Stimmen, auf Frau Hillenstedt 29 Ja-Stimmen

**Frau Veronika Hillenstedt** ist demnach als Vertreterin gewählt.

10. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Oldenburger Jugendverbände und Gemeinschaften auf Vorschlag des Stadtjugendringes Oldenburg e.V.: **Herr Jan-Martin Meyer**

Die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses wird entsprechend festgestellt.

- einstimmig -

## **zu 9 Weitere noch zu benennende Mitglieder in Ausschüssen und Gremien**

**Vorlage: 06/0750** (Anlagen 7, 8, 9 und 10)

### **1. Umlegungsausschuss**

Die CDU-Fraktion benennt mündlich Herrn Ratsherrn Hochmann und als Stellvertreter Herrn Ratsherrn Müller.

Die Besetzung wird entsprechend festgestellt.

- einstimmig -

### **2. Stellvertretende Ausschussvorsitzende und Ausschussbesetzungen**

Die von den Fraktionen/der Gruppe mitgeteilten stellvertretenden Ausschussvorsitzen-

den werden festgestellt.

Ausschuss	Vorsitz	Vertretung
Verkehrsausschuss	RF Multhaupt	<b>Ratsherr Sahm</b>
Ausschuss für Stadtplanung und Bauen	RH Hochmann	<b>Ratsherr Müller</b>
Ausschuss für Stadtgrün, Umwelt und Klima	RH Grösch	<b>Ratsherr Beer</b>
Sozialausschuss	RF Eilers-Dörfler	<b>Ratsherr Kaps</b>
Sportausschuss	RH Müller	<b>Ratsherr Harzmann</b>
Kulturausschuss	RH Schwartz	<b>Ratsfrau Burdick</b>
Schulausschuss	RH Frick	<b>Ratsherr Friebel</b>
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und regionale Zusammenarbeit	RH Ellberg	<b>Ratsherr Bischoff</b>
Jugendhilfeausschuss	RF Dr. Niewerth-Baumann	<b>Ratsherr Wessels</b>
Haushalts- und Finanzausschuss	RF Conty	<b>Ratsherr Bischoff</b>
Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes	RF Schuckhardt	<b>Ratsherr Reck</b>
Werksausschuss des Bäderbetriebes	RF Reith	<b>Ratsherr Grösch</b>
Werksausschuss Weser-Ems Halle	RH Reck	<b>Ratsherr Klarmann</b>

- einstimmig -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet mit Schreiben vom 15.11.2006 darum, Herrn Bernhardt (satt bisher Ratsfrau Schilling) in den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu entsenden.

Die so entsprechend geänderte Ausschussbesetzung wird festgestellt.

- einstimmig -

#### Hinweis:

*Die mit Schreiben vom 14.11.2006 durch die Fraktion Die Linke.Oldenburg mitgeteilte Benennung der beratenden Mitglieder wird nicht beschlossen, da eine Vorberatung in den jeweiligen Fachausschüssen erfolgen soll.*

#### Protokollnotiz:

*Ergänzt wird zu Protokoll zur Vorlage 06/0694 am 01.11.2006, dass es noch zwei weitere Vertreter der Beschäftigtenvertreter des Werksausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb gibt und zwar von Herrn Jürgen Kriesten: Herr Michael Fugel und Herr Jens Kraft.*

### **3. Metropolregion**

Die Besetzung mit den für die Sitzung des Rates am 01.11.2006 von der SPD-Fraktion (Ratsherr Sahm) und der CDU-Fraktion (Herr Prof. Dr. Schwandner) vorgeschlagenen Mitgliedern als Vertreter der Stadt in der Metropolversammlung der Metropolregion Bremen-Oldenburg wird festgestellt.

- einstimmig -

### **4. Gemeinsame Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz**

Die Besetzung des Beirates für die Gemeinsame Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz wird nicht mit Mitgliedern des Rates besetzt. Stattdessen sollen, wie in den anderen Mitgliedskommunen auch, zwei Sachkundige aus den Bereichen Brandschutz und/oder Rettungsdienst in den Beirat entsandt werden. Namentlich werden der Leiter der Oldenburger Berufsfeuerwehr, Herr Bremer, und der Leiter der Feuerwehrrettungsleitstelle Oldenburg, Herr Thoben, in den Beirat der Gemeinsamen Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz entsandt.

- einstimmig -

**zu 10 Aufnahme von Kommunalkrediten**  
**Vorlage: 06/0700** (Anlage 11)

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**zu 11 Über- und Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 89 Abs. 1 in Verbindung mit §§ 66 und 61 Abs. 7 NGO (Eilentscheidung)**  
**Vorlage: 06/0702** (Anlage 12)

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**zu 12 Unterrichtung des Rates über außer- und überplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO in Verbindung mit § 66 NGO (Eilentscheidung)**  
**Vorlage: 06/0627** (Anlage 13)

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**zu 13 Unterrichtung des Rates über über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 89 Abs. 1 NGO i.V.m. § 66 NGO (Eilentscheidungen)**  
**Vorlage: 06/0717** (Anlage 14)

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**zu 14 Überplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 354.000 EUR für den Ausbau des Artillerieweges**  
**Vorlage: 06/0733** (Anlage 15)

Beschluss:

Für den Ausbau des Artillerieweges von der Ammerländer Heerstraße bis zum Pop Hankenweg/Infanterieweg wird gemäß §§ 89, 91 Abs. 5 NGO überplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 354.000 EUR zur Haushaltsstelle 6300.950000 – 497 – „Straßenbau; Artillerieweg“ bewilligt.

Zur Deckung steht eine Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 6300.950000 – 681 – „Straßenbau; Hochheider Weg (Lüttichstraße bis Ammergaustraße)“ zur Verfügung.

- mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und 11 Enthaltungen -

**zu 15 Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Oldenburg**

**(Oldb)**

**Vorlage: 06/0740** (Anlage 16)

**Beschluss:**

Die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) zur Änderung der Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Entschädigung der Mitglieder des Rates und der ehrenamtlich Tätigen (Entschädigungssatzung), zuletzt geändert durch Satzung vom 28.10.2002, wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

- einstimmig -

**zu 16 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 25.09.2006**

**zu 16.1 Änderung Nr. 33 des Flächennutzungsplanes (Edewechter Landstraße/Kaspersweg)**

**- Prüfung der Stellungnahmen**

**- Feststellungsbeschluss**

**Vorlage: 06/0600** (Anlage 17)

**Beschluss:**

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage geprüft. Die Änderung Nr. 33 des Flächennutzungsplanes für Flächen nördlich der Edewechter Landstraße, östlich der Kaspersbäke und südlich des Kaspersweges wird beschlossen.

Der Flächennutzungsplan 1996 wird für den Bereich der Änderung Nr. 33 aufgehoben.

- einstimmig -

**zu 16.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 (Edewechter Landstraße/Kaspersweg)**

**- Prüfung der Stellungnahmen**

**- Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 06/0601** (Anlage 18)

**Beschluss:**

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage geprüft. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 20 (Edewechter Landstraße/Kaspersweg) wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Der Bebauungsplan W-256 wird für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 20 aufgehoben.

- einstimmig -

**zu 16.3 Sanierungsgebiet "Alter Stadthafen/Bahnhofsviertel"  
**- Beschluss zur Übernahme über den nicht durch Einnahmen oder Städtebauförderungsmittel des Landes gedeckten Teil der Kosten der Gesamtmaßnahme****

**Vorlage: 06/0629** (Anlage 19)

Ratsfrau Beckmann informiert, die Fraktion tue sich ein wenig schwer, dem Beschluss-

vorschlag zuzustimmen, da es auch andere wichtige Projekte gebe, wie beispielsweise die Beordnung des Fliegerhorstes und des Donnerschweer Kasernengeländes, wobei auch dort eine Finanzierung notwendig sei. Die vielfältigsten Strukturen der Stadt, insbesondere auch die Interessen der Jugend, dürften bei allen Vorhaben und Planungen nicht vernachlässigt werden.

Beschluss:

Die Stadt Oldenburg erklärt sich bereit, den durch Einnahmen und Förderungsmittel des Landes nicht gedeckten Teil der Kosten der Gesamtmaßnahme aufzubringen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden zu gegebener Zeit eingeplant.

Der Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 141 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig -

zu 17 **Werksausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes vom 05.10.2006 und 16.11.2006**

zu 17.1 **Änderung der Straßenreinigungsverordnung**  
**Vorlage: 06/0615** (Anlage 20)

Beschluss:

Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung (Straßenreinigungsverordnung) wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

- einstimmig -

zu 17.2 **Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung und Abfallentsorgung für das Haushaltsjahr 2007**  
**Vorlage: 06/0718** (Anlage 21)

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Oldenburg (Oldb) über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung und Abfallentsorgung für das Haushaltsjahr 2007 in der Stadt Oldenburg (Oldb) wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

- einstimmig -

zu 17.3 **Jahresabschluss 2005 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Stadt Oldenburg**  
**a) Beschluss über den Jahresabschluss**  
**b) Entlastung der Werksleitung**  
**c) Verwendung des Jahresergebnisses**  
**Vorlage: 06/0647** (Anlage 22)

## Beschluss:

Der Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes Stadt Oldenburg zum 31.12.2005 mit der Bilanzsumme von 26.754.045,98 € und der Lagebericht 2005 werden festgestellt.

Der Werksleitung wird für das Jahr 2005 Entlastung erteilt.

Der in der Bilanz 2005 verzeichnete Jahresüberschuss in Höhe von 437.413,34 € wird wie folgt verwendet:

1. Zuführung zu Pflichtrücklagen gem. § 7 Abs. 5 EigBetrVO:	48.915,00 €
2. Eigenkapitalverzinsung:	434.500,00 €
3. Zuführung zur Nachsorgerücklage:	<u>61.600,00 €</u>
	545.015,00 €
4. Entnahme aus der allg. Rücklage:	- 107.601,66 €
	<u><u>437.413,34 €</u></u>

- einstimmig -

## zu 18 Verkehrsausschuss vom 16.10.2006 und 13.11.2006

### zu 18.1 Benennung von Straßen "Hansa-Ring"

Vorlage: 06/0608/1 (Anlage 23)

## Beschluss:

Die vom Buschhagenweg nach Südwesten abzweigende Straße, im Bebauungsplanbereich S-753 (Buschhagenweg / Osternburger Kanal) wird „**Hansa-Ring**“ benannt.

- einstimmig -

### zu 18.2 Benennung von Straßen - Bebauungsplan N-800 C und D

Vorlage: 06/0613/1 (Anlage 24)

Ratsfrau Beckmann bedauert, dass für die Straßenbenennungen keine weiblichen Architektinnen-Namen vorgesehen seien, wobei sie wisse, dass die Vorbereitung des Beschlusses bereits in der letzten Ratsperiode erfolgt sei. Sie wünsche sich künftig eine stärkere Berücksichtigung von weiblichen Straßen-Namen, so dass es in diesem Bereich zu einer stärkeren Gleichbehandlung komme und appelliert, auf die vorhandenen Vorschläge der Fraktion zurückzugreifen.

## Beschluss:

Die im Bereich der Bebauungspläne N-800 C und D zur Erschließung von Neubaugebieten dienenden Erschließungsstraßen werden wie folgt benannt:

1. Die von der Schinkelstraße in nordöstliche Richtung weiterführende Verlängerung im Bereich des Bebauungsplanes N-800 D wird „**Schinkelstraße**“ (**Verlängerung**) benannt
2. Die von der geplanten Verlängerung der Schinkelstraße nach Südosten führende und wieder zum östlichen Kreuzungsbereich der Schinkelstraße zurücklaufende Erschließungsstraße wird „**Behrens-Ring**“ benannt.

3. Die von der geplanten Verlängerung der Schinkelstraße nach Nordwesten führende und sich an ihrem Nordende mit der unter Punkt 5 genannten Straße kreuzende Erschließungsstraße wird „**Mies-van-der-Rohe-Straße**“ benannt.
4. Die von der geplanten Mies-van-der-Rohe-Straße nach Westen abzweigende und wieder zur Mies-van-der-Rohe-Straße zurückführende Erschließungsstraße wird „**Tautstraße**“ benannt.
5. Die vom östlichen Kreuzungsbereich der Schinkelstraße nach Nordwesten abzweigende und in einer Sachgasse mit Wendehammer mündende Erschließungsstraße wird „**Le-Corbusier-Straße**“ benannt.

- mehrheitlich bei vier Enthaltungen -

### zu 18.3 **Benennung von Straßen "Feststraße" (Verlängerung)**

**Vorlage: 06/0614** (Anlage 25)

Beschluss:

Die Verbindungsstraße zwischen der Danziger Straße und der Feststraße, die im Bebauungsplanbereich M-717 (Feststraße/Am Schießstand) liegt wird „**Feststraße**“ (**Verlängerung**) benannt.

- einstimmig -

### zu 18.4 **Benennung von Straßen "Hofstraße"**

**Vorlage: 06/0617** (Anlage 26)

Beschluss:

Die von der Straße „Am Alexanderhaus“ nach Südosten abzweigende Stichstraße mit Wendekreis, die im Bebauungsplanbereich N-800 E (Stadtteil Alexanderhaus/Quartier West) liegt, wird „**Hofstraße**“ benannt.

- einstimmig -

### zu 18.5 **Benennung von Straßen "Im Uhlenhorst"**

**Vorlage: 06/0673** (Anlage 27)

Beschluss:

Der sich vordergründig als zwei Stichstraßen darstellende Straßenzug, welcher von der „Bremer Heerstraße“ nach Südwesten bzw. vom „Uhlenweg“ nach Nordwesten abzweigt und durch einen Rad- und Fußweg verbunden ist, wird „**Im Uhlenhorst**“ benannt.

- einstimmig -

### zu 18.6 **Benennung von Straßen -Bebauungsplan W-750 A (Eversten-West)**

**Vorlage: 06/0699** (Anlage 28)

Beschluss:

Die im Bereich des Bebauungsplanes W-750 A (Eversten West) zur Erschließung eines Neubaugebietes dienenden Straßen werden wie folgt benannt:

1. Die von der Haupterschließungsstraße der Bebauungspläne W-750 B –D in östliche Richtung weiterführende Verlängerung im Bereich des Bebauungsplanes W-750 A wird „**Heinrich-Kunst-Straße**“ benannt.
2. Die von der geplanten Heinrich-Kunst-Straße nach Süden abzweigende und wieder zur Heinrich-Kunst-Straße zurückführende Erschließungsstraße wird „**Hein-Bredendiek-Straße**“ benannt.
3. Die von der geplanten Heinrich-Kunst-Straße nach Norden abzweigende und wieder zur Heinrich-Kunst-Straße zurückführende Erschließungsstraße wird „**Georg-von-der-Vring-Straße**“ benannt.

- einstimmig -

**zu 18.7 Aufhebung des Beschlusses zur Benennung der Straßen  
"Weihenweg" und "Merlinweg"**  
**Vorlage: 06/0669** (Anlage 29)

Beschluss:

Der Beschluss des Rates der Stadt Oldenburg vom 26.04.1982 in Bezug auf die Benennung der Straßen „Weihenweg“ und „Merlinweg“ wird aufgehoben.

- einstimmig -

**zu 19 Werksausschuss des Bäderbetriebes vom 26.10.2006**

**zu 19.1 Jahresabschluss 2005 des Bäderbetriebs der Stadt Oldenburg**

**a) Beschluss über die Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss 2005**

**b) Entlastung des Werksleiters**

**c) Verwendung des Jahresergebnisses**

**Vorlage: 06/0636** (Anlage 30)

Beschluss:

1. Nach Prüfung durch die beauftragte Treuhand Oldenburg GmbH wird
  - das Eröffnungsbilanzkonto zum 01.01.2005 mit einer Bilanzsumme von 26.456.067,48 Euro und
  - der Jahresabschluss zum 31.12.2005 mit einer Bilanzsumme von 34.869.900,11 Euro festgestellt.
2. Entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung beläuft sich der Jahresüberschuss/-fehlbetrag auf 0,00 Euro. Den Betrag in Höhe von 1.305.000 Euro, den der Bäderbetrieb nicht selbst zum Ausgleich erwirtschaften kann, wird durch eine entsprechende Pachtzahlung der Bäderbetriebsgesellschaft Oldenburg mbH ausgeglichen. Im Ergebnis fällt die Pachtzahlung 178.350 Euro geringer aus, als ursprünglich geplant.

3. Dem Werkleiter wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

- einstimmig -

**zu 20 Anträge der Fraktionen, der Gruppe und der Ratsmitglieder**

**Resolution zur ZAAB Blankenburg**

**zu 20.1 Vorlage: 06/0746 (Anlagen 31 und 32)**

Ratsvorsitzende Dr. Niewerth-Baumann weist auf die Verwaltungsvorlage und den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Oldenburg hin.

Ratsherr Adler erinnert an die Beratung zum Thema anlässlich der konstituierenden Ratssitzung, wo nach Erörterung verschiedener Vorschläge ein möglichst abgestimmter Resolutionstext von der Verwaltung erbeten worden sei. Dies habe die Verwaltung umgesetzt, wobei er allerdings nur „zähneknirschend“ zustimme, da er eine Formulierung nicht ganz mittragen könne. In der Vorlage heiße es, dass die Proteste mit Besorgnis verfolgt würden, wobei er es so sehe, dass stattdessen die *Verhältnisse* in der ZAAB mit Besorgnis betrachtet werden müssten, mit dem Ziel, dort menschenwürdige Verhältnisse zu gewährleisten. Im sei bewusst, dass dies unterschiedlich bewertet werde, allerdings zeige eine Liste mit 226 Unterschriften (*die er dem Oberbürgermeister übergibt*), dass offensichtlich Handlungsbedarf bestehe. Um der Resolution jedoch die entsprechende Gewichtung zu geben, werde die Fraktion in Erwartung eines einstimmigen Beschlusses der Verwaltungsvorlage zustimmen, zumal sie die wichtigsten Forderungen, wie die Abschaffung des Gutscheinsystems, die Verbesserung der Busanbindung und die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Verbesserung der Situation in der ZAAB enthalte.

Ratsherr Briese ist erfreut über die signalisierte Zustimmung, auch die der CDU-Fraktion, die sich hier bewegt habe. Insbesondere begrüßt er, dass das Land mit der Resolution aufgefordert werde, die dezentrale Unterbringung kritisch zu überdenken und eine Änderung herbeizuführen. Auch die signalisierten Bemühungen der Stadt, was z. B. die Verbesserung der Busanbindung angehe, begrüße er und könne sich vorstellen, noch weitere Anstrengungen, wie z. B. eine verstärkte Qualifizierung vorzunehmen. Beim Umgang miteinander müssten rechtsstaatliche Grundsätze beachtet und im Vordergrund stehen, sowohl auf der Seite der Protestierenden als auch im Umgang mit den Asylsuchenden, unabhängig davon, ob das Asylverfahren positiv oder negativ ausgehe. Bedauerlich aus seiner Sicht sei die Presseberichterstattung, die nicht immer objektiv gewesen sei, jedoch zähle heute das Ergebnis der gemeinsam getragenen Resolution und nun müsse sich der Innenminister bewegen.

Ratsherr Bischoff stellt heraus, die Vertagung anlässlich der letzten Ratssitzung sei die richtige Entscheidung gewesen, wenn heute eine einstimmige Resolution das Ergebnis sei. Insbesondere die Aufforderung an die Landesregierung, die vorgebrachten Kritikpunkte der Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, halte er für wichtig, zumal eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung für Flüchtlinge selbstverständlich seien. Nachdenklich sei er allerdings geworden, als er in der Süddeutschen Zeitung einen langen Artikel über Oldenburg mit der Überschrift „Integration nicht erwünscht – Geduldeten Asylsuchenden wird bislang der Aufenthalt in Deutschland bewusst verleidet – das Beispiel Oldenburg“ gelesen habe. Zwar könne er nicht beurteilen, ob die Verhältnisse auch nur ansatzweise so den Tatsachen entsprächen, allerdings sei vor dem Hintergrund der Berichterstattung der Einsatz einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Situation in der ZAAB in Oldenburg umso wichtiger. Die Fraktion sei von den

Flüchtlingen und vom Flüchtlingsrat zu Gesprächen eingeladen worden, um sich über die Situation vor Ort zu informieren, was man gerne in Anspruch nehmen werden, genau wie die Mitarbeit in der zu bildenden Kommission.

#### Beschluss:

Der Rat beschließt folgende an die niedersächsische Landesregierung gerichtete Resolution:

Die anhaltenden Proteste in der ZAAB Blankenburg verfolgt der Rat der Stadt Oldenburg mit Besorgnis. Vorwürfe in Bezug auf Qualität und Standards der Aufnahme und Unterbringung der Betroffenen sowie eine faire Durchführung des Asylverfahrens auf Grundlage rechtstaatlichen Handelns schaden sowohl dem Land Niedersachsen, der Stadt Oldenburg im Besonderen als auch dem Rechtsstaat im Allgemeinen.

Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die vorgebrachten Kritikpunkte der Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Vor allem die zentrale Unterbringung muss überdacht werden und als Alternative eine dezentrale Unterbringung geprüft werden. Auch das bürokratische Wertgutscheinssystem sollte abgeschafft werden.

In diesem Zusammenhang wird der Landesregierung zur Deeskalation zwischen Behördenleitung und Flüchtlingen vorgeschlagen, eine unabhängige Kommission einzurichten, die sich aus regionalen Fachleuten der Flüchtlingsarbeit, wie z. B. den Sozialverbänden, Kirchen, der Anwaltschaft, der Ärzteschaft und der Universität, zusammensetzt.

Auch die Stadt Oldenburg ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den in der ZAAB Blankenburg lebenden Menschen bewusst. Sie wird die in ihre Zuständigkeit fallenden Anliegen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersuchen, u. a. eine verbesserte Busanbindung zwischen Stadtkern und ZAAB Blankenburg. Hierbei wird der Oberbürgermeister gebeten, mit dem Land Niedersachsen über eine Kostenbeteiligung bezüglich der Busanbindung in Verhandlung zu treten.

- einstimmig -

#### **zu 20.2 Resolution des Rates zum Erhalt der Arbeitsplätze der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung am Standort Oldenburg (SPD-Fraktion vom 25.10.2006) (Anlage 33)**

Ratsfrau Multhaupt appelliert an eine breite Zustimmung der von der SPD-Fraktion eingebrachten Resolution zum Erhalt der Arbeitsplätze der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung, zurückgehend auf Bitten des dortigen Personalrates. Ca 120 Arbeitsplätze würden von einer Schließung betroffen sein. Sie habe zum Thema bereits umfangreichen Schriftverkehr geführt, wobei die Sozialministerin und auch der Leiter der Behörde in Oldenburg Reformpläne bestätigt hätten, was sich aufgrund von Wirtschaftlichkeits- und Effizienzbemühungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, verbunden mit immer weniger Beitragszahlern, auch erkläre. Dennoch müsse alles getan werden, um sich gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort Oldenburg einzusetzen.

Ratsfrau Würdemann erklärt für die CDU-Fraktion die volle Unterstützung des Resoluti-

onstextes. Arbeitsplätze vor Ort müssten erhalten bleiben und dies sei vor dem Hintergrund der Forderung der Bürgernähe und der Kompetenz vor Ort sehr wichtig. Der Standort Oldenburg dürfe nicht geschlossen werden.

Ratsherr Schramm informiert, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Resolution zustimmen. Gerade für die Landwirtschaftliche Sozialversicherung halte er Kundenorientierung und Ansprache vor Ort für besonders wichtig. Für die Stadt Oldenburg als Verwaltungsstandort wäre die Schließung ein herber Verlust. Anlässlich eines Treffens der Gewerkschaft der Sozialversicherungsträger mit dem Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung sei die Schließung Oldenburgs als Gerücht bezeichnet worden. Er hoffe, dass dies auch so den Tatsachen entspreche. Die 33.000 Beitragsberechtigten hätten einen Anspruch auf die dezentrale Struktur und den Standort Oldenburg.

- einstimmig -

### zu 20.3 **Resolution des Rates zum Erhalt der Hubschrauberstaffel in Neusüdende (SPD-Fraktion vom 25.10.2006)**

(Anlage 34)

Ratsherr Zietlow verliest den Resolutionstext und gibt bekannt, dass nicht nur vor dem Hintergrund der betroffenen Arbeitsplätze ein Erhalt in Neusüdende aus Sicht der SPD-Fraktion unbedingt notwendig sei, sondern auch aus Gründen der Sicherheit. Die Umlandgemeinden hätten entsprechende Beschlüsse zum Teil schon gefasst. Die Gewerkschaft der Polizei habe zudem Mehrausgaben in Höhe von 1.500 € pro Einsatz bei Wegfall der Staffel in Neusüdende errechnet. Eine Verlegung in den Raum Hannover wäre unwirtschaftlich und die Verkehrssicherungspflicht so nicht mehr zu erhalten. Er appelliert an eine breite Zustimmung zur Resolution.

Ratsherr Briese bewertet die in diesem Fall von der Landesregierung angestrebte Zentralisierung als falsch und weist auf die negativen Folgen für das Weser-Ems-Gebiet bei einer Verlegung der Hubschrauberstaffel nach Hannover hin. Noch sei offenbar nicht endgültig über eine Verlegung entschieden worden, so dass eine Resolution zum derzeitigen Zeitpunkt nützlich und sinnvoll sei, um die Interessen der Region zu verdeutlichen.

Ratsherr Müller hält die Resolution für völlig überzeugend und richtig, so dass die CDU-Fraktion selbstverständlich die volle Zustimmung zur Resolution geben werde. Es sei falsch, die Staffel zu zentralisieren, wobei die Anregung wohl ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf Initiative des Landesrechnungshofes angeschoben worden sei. Die Pläne seien jedoch völlig unsinnig, zumal 40 % der Einsätze insgesamt im Nordwesten zu verzeichnen seien. Wenn von Hannover aus gestartet werde, sei ein Einsatz beispielsweise nach Borkum nur mit einer Zwischenladung möglich. Auch die CDU-Fraktion wünsche sich eine einstimmige Resolution in der Angelegenheit.

Die Resolution wird beschlossen.

- einstimmig -

### zu 20.4 **Geplante Neuordnung von öffentlichen Versicherungen (Antrag BFO-Fraktion vom 02.11.06)**

**Vorlage: 06/0735** (Anlagen 35 und 36)

Ratsvorsitzende Dr. Niewerth-Baumann weist auf die als Tischvorlage der Verwaltung

vorgelegte Erwiderung zum Informationswunsch der BFO-Fraktion hin.

Ratsherr Norrenbrock gibt bekannt, die BFO-Fraktion habe diesen TOP eingebracht, da in der Presse zu lesen gewesen sei, dass die Neuordnung der öffentlichen Versicherung geplant sei. Im Übrigen sei man von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Versicherung angesprochen worden, die über diese Meldungen sehr beunruhigt gewesen seien. Daher frage man die Verwaltung, ob Erkenntnisse vorlägen.

Ratsherr Drieling erläutert mit Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung die Bedeutung der Öffentlichen Versicherung als Arbeitgeber mit über 700 Arbeitsplätzen in dieser Region. Das Regionalitätsprinzip und die Arbeitsplätze in Oldenburg müssten erhalten bleiben. Erfahrungen im Zusammenhang mit anderen Fusionen zeigten auf, dass dadurch Standorte gefährdet und Arbeitsplätze vernichtet würden. Diese gelte es in Oldenburg zu erhalten und er appelliere, sich dafür einzusetzen.

Ratsherr Klarmann informiert, die CDU-Fraktion könne die Anfrage in Form eines Ratsantrages durch die BFO-Fraktion aufgrund einer Pressenotiz nicht nachvollziehen. Entsprechende Nachfragen würden seitens der Verwaltung selbstverständlich auch ohne Antragstellung im Rat ausführlich beantwortet werden. Die Einbindung des Rates halte er für entsprechende Auskunftersuchen für völlig überzogen und nicht notwendig.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Schwandner stellt klar, dass bei einer möglichen Neuordnung darauf zu achten sei, dass der Standort Oldenburg nicht geschwächt werde. Bedauerlicher Weise gebe es einige ähnliche Themen, wie beispielsweise die Überlegungen im Zusammenhang mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband. Gerade heute, anlässlich des Festaktes zum 70jährigen Bestehen, habe er darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn mache, gut funktionierende Einheiten zu schlecht funktionierenden Großeinheiten umzuwandeln. Das Entscheidende sei, dass eine Verwaltung wirtschaftlich und bürgernah vor Ort arbeite.

## **Nichtöffentlicher Teil**

gesperrter Bereich

Dr. Niewerth-Baumann  
Ratsvorsitzende

Prof. Dr. Schwandner  
Oberbürgermeister

Jerke  
Protokollführerin